LIEBE LESERINNEN UND LESER,

„Wir wollen allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Frische Luft, gesunde Böden, saubere Gewässer, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt gehören dazu. Wir stehen in der Verantwortung, eine gesunde und saubere Umwelt für unsere Kinder und Enkelkindern zu bewahren.“

Dieses Zitat aus unserem Regierungsprogramm von 2017 ist ein Grundsatz unseres Regierungshandelns. Die Große Koalition besteht jetzt seit einem Jahr und wir konnten wichtige Meilensteine setzen, beispielsweise durch das Verpackungsgesetz, welches dieses Jahr in Kraft getreten ist. In diesem Jahr werden wir ein neues Klimaschutzgesetz beschließen. Klar ist: Wir müssen das Pariser Klimaabkommen einhalten, um die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen.

Dafür brauchen wir internationale Zusammenarbeit und internationale Solidarität. Wie diese aussehen kann zeigt unsere Jugend. Mit der „Fridays For Future“-Bewegung haben sie international auf die klaren Bedrohungen des Klimawandels aufmerksam gemacht. In dieser Woche habe ich mich im Bundestag mit Luisa Neubauer und weiteren Aktivistinnen und Aktivisten getroffen. Sie haben deutlich ihren Standpunkt vertreten, dass wir jetzt dringend handeln müssen.

Demonstrieren war schon immer ein wichtiges und legitimes Mittel um gegen Missstände vorzugehen. In den 1980er Jahren bin ich mit vielen Hunderttausenden auf die Straße gegangen, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Deshalb kann ich die Demonstrationen der Jugendlichen absolut unterstützen.

Die Jugend, die heute auf die Straße geht, wird morgen die Geschicke der Welt leiten. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Welt auch weiterhin lebenswert bleibt.

Euer,

SPD

SCHNELLERE TERMINE FÜR GESETZLICH VERSICHERTE

Mit dem Terminservice- und versorgungsgesetz, das wir in dieser Woche beschlossen haben, sollen gesetzlich Versicherte zukünftig schneller Arzttermine bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unter anderem die seit 2016 existierenden Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen ausgebaut. Bislang vergeben diese Stellen Termine nur für Fachärzte und Psychotherapeuten. Zukünftig sollen sie rund um die Uhr für die ambulante Versorgung und für Notfälle ansprechbar sein. Auch bei der Suche nach einem dauerhaft versorgenden Haus- oder Kinderarzt können Patientinnen und Patienten zukünftig die Unterstützung der Terminservicestellen in Anspruch nehmen. Ebenso sollen die Servicestellen online erreichbar sein, so dass die Terminvereinbarung auch per App stattfinden kann. Darüber hinaus wird das Mindestsprechstundenangebot für gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten erhöht. Laut Gesetzentwurf müssen Vertragsärztinnen und -ärzte zukünftig wöchentlich mindestens 25 Sprechstunden für gesetzlich Versicherte anbieten. Derzeit sind es nur 20 Stunden. Zudem müssen Fachärztinnen und -ärzte der grundversorgenden und wohnortnahen Versorgung wöchentlich fünf offene Sprechstunden anbieten. Dieses erweiterte Sprechstundenangebot wird mit zusätzlichem Honorar gefördert.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist die Erweiterung des GKV-Leistungskatalogs. So erhalten Versicherte mit einem substantiellen HIV-Infektionsrisiko zukünftig Anspruch auf eine medikamentöse HIV-Vorsorge (PrEP). PatientInnen, denen aufgrund einer keimzellschädigenden Therapie ein Fertilitätsverlust droht, können auf Kosten der GKV ihre Ei- oder Samenzellen konservieren lassen, um nach ihrer Genesung eine künstliche Befruchtung vorzunehmen.

Zudem haben wir im parlamentarischen Verfahren mehrere entscheidende Verbesserungen für das Gesetz erreicht. So reformieren wir unter anderem die Heilmittelversorgung, indem wir die Möglichkeit einer Blankoverordnung schaffen. Konkret bedeutet das: Die Indikationsstellung und die Verordnung eines Heilmittels erfolgt wie bisher durch die Ärztinnen und Ärzte. Die behandelnden Physiotherapeuten können dann aber die konkrete Auswahl der Heilmittelleistung sowie die Bestimmung der Behandlungsfrequenz und der Behandlungsdauer selbständig vornehmen. Auch die Bezahlung der Physiotherapeuten verbessern wir mit dem Gesetz.

MEHR SICHERHEIT & VERLÄSSLICHKEIT FÜR DIE AUTOFAHRERINNEN UND AUTOFAHRER

In 65 deutschen Städten wurde 2017 der EU-rechtlich vorgegebene Luftqualitätsgrenzwert überschritten. Deshalb gibt es gerichtlich angeordnete Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge; weitere drohen. Der Koalitionsausschuss hat am 1. Oktober 2018 ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, um den betroffenen Städten und den betroffenen Dieselfahrenden schnell zu helfen. Die betroffenen Städte brauchen saubere Luft, die betroffenen Dieselfahrenden müssen auf ihre Mobilität vertrauen können.

Neben der Förderung luftverbessernder Maßnahmen durch das Sofortprogramm „Saubere Luft“ mit einer Milliarde Euro und der Nachrüstung von Diesel-Fahrzeugen, soll auch die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) die Luftqualität in unseren Städten verbessern. Die Änderung des BImSchG, das der Bundestag diese Woche in zweiter und dritter Lesung beraten hat, schafft u. a. die Voraussetzung, dass nachgerüstete und somit saubere Fahrzeuge von möglichen Fahrverboten ausgenommen werden. Wenn diese Fahrzeuge nach der Nachrüstung nur noch 270 Mikrogramm NO_2/m^3 ausstoßen, können diese auch bei möglichen Fahrverboten weiterhin gefahren werden. Die Koalitionsfraktionen haben sich im parlamentarischen Verfahren auf einen Änderungsantrag verständigt, der klarstellt, dass die zuständigen Behörden vor Ort weitere Ausnahmen von Fahrverboten zulassen können.

AWO GEGEN RASSIMUS - AWO FÜR VIELFALT

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) leistet seit 100 Jahren einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Wohlfahrtsverband wurde am 13. Dezember 1919 von Marie Juchacz gegründet, eine der großen Sozialdemokratinnen in der Weimarer Republik. Als Vorsitzender des AWO Ortsvereins Lünen-Nord habe ich gerne die Einladung des Seeheimer Kreises angenommen, um über „Die (neue) Rolle der AWO in unserem Sozialstaat“ zu diskutieren. Der Präsident des AWO-Bundesverbandes Wilhelm Schmidt war zu Gast. Wir brauchen die AWO. Neben den vielfältigen hauptamtlichen Tätigkeitsfeldern ist es für mich klar, daß die ehrenamtlichen Ortsgruppen eine zentrale Rolle spielen.

Auch in diesem Jahr wird die AWO wieder Aktionen zum Internationen Tag gegen Rassismus am 21. März durchführen.
Mehr Informationen auf der Homepage.

Ich unterstütze die Kampagne: AWO gegen Rassismus

TREFFEN MIT DEM „NAHOST FRIEDENSFORUM“

Der Nahe Osten ist vom Klimawandel besonders bedroht. Der Zugang zu Wasser ist in dieser Region ein stetiger potenzieller Konfliktherd, der sich durch den Klimawandel noch weiter verschärfen könnte. In den kommenden Jahren stehen der Region steigende Durchschnittstemperaturen bevor und in deren Folge Dürren und andere extreme Wetterereignisse; die Wüstenbildung wird zunehmen. In dieser Woche haben MIchaela und ich mich mit Jardena Lande und Mirjam Rostenstein vom „Nahost Friedensforum“ getroffen und über die Planungen eines Kanals zwischen dem Roten Meer und dem Toten Meer gesprochen. Vorgesehen ist dort der Bau einer Entsalzungsanlage im jordanischen Aqaba sowie die Versorgung Jordaniens und der Palästinensischen Autonomiegebiete mit Süßwasser aus dem israelischen See Genezareth.

Der Zugang zu Wasser ist ein Grundrecht. Dafür brauchen wir transnationale Projekte, die friedensstiftend wirken können.

Zusammen mit Mirjam Rosenstein, Jardena Lande und Michaela Engelmeier

NEU IM BERLINER BÜRO

Mein Name ist Mato Dujmusic. Nach langjähriger Tätigkeit als Koordinator der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker International“ und zuletzt als Leiter der Geschäftsstelle bei der Fraktion B90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt, unterstütze ich nun seit dem 1. Februar als Büroleiter Michaels Team im Berliner Bundestagsbüro.

Ihr erreicht mich wie folgt:
Tel.: 030 227 73291
Email: michael.thews.ma08@bundestag.de

Neu im Berliner Büro: Mato Dujmusic

LANDWIRTSCHAFT UND KLIMAWANDEL

„Landwirtschaft im Klimawandel - wie reagieren wir?“, so lautete das Thema des diesjährigen Kreisverbandstages, zu dem der Landwirtschaftliche Kreisverband Ruhr mich als stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltausschuss des Deutschen Bundestages nach Schwerte eingeladen hatte. Rund 400 Landwirtinnen und Landwirte sowie weitere Gäste waren zusammen gekommen, um über dieses Thema zu diskutieren.

Der menschengemachte Klimawandel ist Fakt und die Landwirtschaft leidet schon heute an den Folgen. Die Dürre im letzten Sommer hat es gezeigt. Aber auch Starkregenereignisse und Stürme nehmen an Häufigkeit und Intensität zu und vernichten Ernten. Als Reaktion darauf können und müssen Hilfsprogramme wie das Bund-Länder-Hilfsprogramm vom letzten Jahr helfen. Eine dauerhafte Lösung sind diese unsicheren Hilfsprogramme nicht. Wir brauchen einen nachhaltigen Wandel in der Landwirtschaft. Für Extremsituationen, wie sie durch die Dürre im letzten Jahr ausgelöst wurde, schlagen wir einen nationalen Solidarfonds der Landwirtschaft vor, um sich auf zukünftige Schadensereignisse vorzubereiten. Die SPD will aber vor allem, dass die EU-Agrarsubventionen sich stärker an nachhaltigen und umweltfreundlichen Bewirtschaftungsformen ausrichten.

Zu einem Maßnahmenpaket müssen auch der verstärkte Anbau von klimafreundlichen Produkten, die Verhinderung von Monokulturen und die Einschränkung der Massentierhaltung gehören. Wir müssen bei allen Maßnahmen deren Folgen einplanen. Tier-, Natur- und Klimaschutz, die Erwartungen der Verbraucher sowie die Wahrung sozialer Standards wollen wir in Zukunft zur Grundlage für die Förderung der europäischen Landwirtschaft machen. Dies gilt übrigens sowohl für die traditionelle wie für die ökologische Landwirtschaft.

Die SPD hat hier wirksame Konzepte erarbeitet. Es ist klar, auch die Landwirtschaft muss, genauso wie Verkehr, Bau und Industrie, ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dafür haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Ich erwarte, dass dieses Gesetz nun auch von dem Landwirtschaftsministerium mit Inhalten gefüllt wird. Svenja Schulze als unsere Umweltministerin hat ihre Aufgabe in Form eines Entwurfs für das Klimaschutzgesetz erledigt. Das Ziel muss sein, dass die Industriestaaten in ganz Europa und darüber hinaus klimaneutral handeln.

Bei der Podiumsdiskussion

KARNEVALS-IMPRESSIONEN